

PRESSEEINLADUNG



B.U.D. Beratung. Unterstützung. Dokumentation. - Die Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt startet als bayernweiter Verein

Politisch motivierte Gewalt von rechts ist in Bayern flächendeckend präsent. Die Täter*innen stammen nicht mehr ausschließlich aus der Nazi-Szene, sondern zunehmend auch aus der „Mitte der Gesellschaft“.

Auch der Kreis der Betroffenen hat sich verändert: Ziel von rechtem, rassistischem, antisemitischem und antimuslimisch motiviertem Hass in Bayern sind zwar nach wie vor vermeintlich „Fremde“. Immer öfter aber geraten auch Menschen in den Fokus rechter Gewalt, die aktiv für Demokratie und eine gelebte Willkommenskultur eintreten.

In der öffentlichen Wahrnehmung stehen meistens die Täter*innen im Mittelpunkt – selten die Betroffenen. Hier setzt die Arbeit der Beratungsstelle B.U.D. Beratung. Unterstützung. Dokumentation. an, die seit 2009 bayernweit aktiv ist. **2016 hat sich B.U.D. als Verein konstituiert, um erstmals eigenständige, unabhängige Strukturen aufzubauen und um ausschließlich für Belange und Bedürfnisse Betroffener einzutreten.**

Der Verein lädt alle Medienvertreter/-innen zu einer **Pressekonferenz** ein, um die aktuelle Bedrohung rechter und rassistischer Gewalt in Bayern, die Situation von Betroffenen und die Arbeit des Vereins und der Beratungsstelle vorzustellen.

Am Dienstag, den 24. Mai 2016 11:00 – 11:30 Uhr
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Bayernstraße 110, 90478 Nürnberg, 4. Stock

Ihre Gesprächspartner*innen sind:

Jutta Neupert, Vorstand des Vereins B.U.D. e.V.

Steffen Huber, Koordinator des Beratungsangebotes in Bayern

Judith Porath, bundesweiter Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene extrem rechter Gewalt, Rassismus und Antisemitismus (Berlin)

Nicola Hieke, Projektleiterin der Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus, Bayerischer Jugendring

Kontakt: B.U.D. e.V. Tel 0151 21653187 Mail info@bud-bayern.de

Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu der Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.